

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 22.01.2026)

Titel: **Ä1 zu A1: Keine Olympischen Spiele in Köln-Rhein/Ruhr**

Titel

Ändern in:

Positionierung des Kreisverbands Köln zur Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für Olympische und Paralympische Spiele

Antragstext

1. Der Kreisverband Köln begrüßt, dass über die Beteiligung Kölns an der Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im April ein Ratsbürger*innenentscheid stattfindet.
2. Der Kreisverband Köln spricht sich für eine kritische, sachliche und konstruktive Begleitung der Debatte um den Ratsbürger*innenentscheid aus. Ziel ist es, dass die Bevölkerung so auf einer fundierten Basis eine Entscheidung treffen kann. Dabei werden folgende Kriterien für den Bewerbungsprozess betont:

- **Nachhaltigkeit und Klima**

Die Bewerbung und Durchführung richtet sich an den Klimaschutzzielen/Klimaleitlinien der Stadt Köln sowie den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen aus. Temporäre Bauten werden so

errichtet, dass sie im Anschluss entweder sinnvoll umgenutzt werden können oder nachhaltig wieder abgebaut werden können (z.B. mittels des Cradle-to-Cradle-Prinzips). Auf Neubauten von Sportstätten für den Olympiabetrieb wird abseits des temporären Leichtathletikstadions gänzlich verzichtet.

- **Demokratische Beteiligung und Transparenz**

Eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Stadtgesellschaft, insbesondere der Bürger*innen, zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sowie Sport- und Umweltverbänden, die über den reinen Bürger*innenentscheid hinausgeht, ist sicherzustellen. Alle Entscheidungsprozesse, Planungsschritte und Kostenkalkulationen müssen öffentlich einsehbar sein.

- **Soziale und finanzielle Verantwortung**

Durch die Bewerbung und potenzielle Ausrichtung darf die Stadt Köln keine finanziellen Risiken eingehen. Daher fordern wir in den weiteren Bewerbungsschritten klare Zusagen des Bundes und des Landes zur Kostenübernahme und Risikoverteilung.

Es bedarf darüber hinaus einer offenen Debatte über Standortalternativen für das (temporäre) Olympiastadion und das Olympische Dorf. Das Quartier Kreuzfeld darf als Standort nur in Betracht kommen, wenn die Umsetzung zu keiner Verzögerung der ökologisch und verkehrlich ambitionierten Quartiersplanung führt. Der Rat der Stadt Köln sowie andere relevante Gremien (z.B. Bezirksvertretung Chorweiler) sind bei **der Auswahl und der Entwicklung des Olympia-Standes in Köln** zu beteiligen, um die erforderliche Flexibilität, abhängig von den möglichen Austragsjahren sicherzustellen. Soziale, kulturelle und städtebauliche Projekte dürfen nicht zugunsten der Olympiabewerbung zurückgestellt **oder verzögert** werden.

Begründung

Die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region um Olympische und Paralympische Spiele kann für die Rhein-Ruhr-Region und speziell für Köln als Leading City Chancen bieten: internationale Sichtbarkeit, Infrastrukturmodernisierung und Impulse für den Sport vor Ort. Eine Bewerbung mit Köln als Leading City kann für die Stadt vorteilhaft sein, weil durch ein solches Event Infrastrukturvorhaben priorisiert und die damit verbundenen, notwendigen Förderzusagen von Land und Bund zügiger

erfolgen. Zudem bieten die Olympischen und Paralympischen Spiele Chancen für interkulturellen Austausch unter Sportler*innen und Besuchenden.

Gleichzeitig bestehen mit einer Bewerbung für ein Sportevent in dieser Dimension erhebliche Risiken, insbesondere hinsichtlich drohender Kostensteigerungen und ökologischer Belastungen. Die Infrastruktur, die für die Olympischen und Paralympischen Spiele entsteht, führt zunächst zu Mehrbelastung durch Lärm, Baustellen und Stau für die Bewohnenden. Auch werden durch die Fokusverschiebung auf die Spiele andere notwendige Infrastrukturprojekte in der Stadt zurückgestellt. Zudem gibt es eine berechtigte Skepsis gegenüber dem IOC. Ziel des Kreisverbands ist es, die öffentliche Debatte verantwortungsvoll zu begleiten und dabei grüne Bewertungskriterien sichtbar zu machen und in den weiteren Prozess einzubringen.

Antrag

Initiator*innen: Nicolas Blume (KV Köln)

Titel: **Ä2 zu A1: Keine Olympischen Spiele in Köln-Rhein/Ruhr**

Titel

Ändern in:

Positionierung des Kreisverbands Köln zur Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für Olympische und Paralympische Spiele

Antragstext

1. Der Kreisverband Köln begrüßt, dass über die Beteiligung Kölns an der Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im April ein Ratsbürger*innenentscheid stattfindet.
2. Der Kreisverband Köln spricht sich für eine kritische, sachliche und konstruktive Begleitung der Debatte um den Ratsbürger*innenentscheid aus. Ziel ist es, dass die Bevölkerung so auf einer fundierten Basis eine Entscheidung treffen kann. Dabei werden folgende Kriterien für den Bewerbungsprozess betont:

- **Nachhaltigkeit und Klima**

Die Bewerbung und Durchführung richtet sich an den Klimaschutzzielen/Klimaleitlinien der Stadt Köln sowie den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen aus. Temporäre Bauten werden so

errichtet, dass sie im Anschluss entweder sinnvoll umgenutzt werden können oder nachhaltig wieder abgebaut werden können (z.B. mittels des Cradle-to-Cradle-Prinzips). Auf Neubauten von Sportstätten für den Olympiabetrieb wird abseits des temporären Leichtathletikstadions gänzlich verzichtet.

- **Demokratische Beteiligung und Transparenz**

Eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Stadtgesellschaft, insbesondere der Bürger*innen, zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sowie Sport- und Umweltverbänden, die über den reinen Bürger*innenentscheid hinausgeht, ist sicherzustellen. Alle Entscheidungsprozesse, Planungsschritte und Kostenkalkulationen müssen öffentlich einsehbar sein.

- **Soziale und finanzielle Verantwortung**

Durch die Bewerbung und potenzielle Ausrichtung darf die Stadt Köln keine finanziellen Risiken eingehen. Daher fordern wir in den weiteren Bewerbungsschritten klare Zusagen des Bundes und des Landes zur Kostenübernahme und Risikoverteilung. **Es bedarf darüber hinaus einer offenen Debatte über die verschiedenen möglichen Standorte für das (temporäre) Olympiastadion und das Olympische Dorf. Nur echte Standortalternativen bieten die nötige Flexibilität für unterschiedliche Austragungsjahre und Planungsrisiken. Kreuzfeld darf als Standort nur in Betracht kommen, wenn die Umsetzung nicht verzögert wird und die ambitionierte ökologische und verkehrliche Planung erhalten bleibt.** Der Rat der Stadt Köln sowie andere relevante Gremien sind bei **der Auswahl und der Entwicklung des Olympia-Standortes in Köln** zu beteiligen. Soziale, kulturelle und städtebauliche Projekte dürfen nicht zugunsten der Olympiabewerbung zurückgestellt **oder verzögert** werden.

Begründung

Dieser Änderungsantrag übernimmt den Antragstext des Kreisvorstands in

weiten Teilen und unterstützt die dort formulierten Ziele ausdrücklich.

Eine inhaltliche Weiterentwicklung und Konkretisierung erfolgt ausschließlich im Abschnitt "**Soziale und finanzielle Verantwortung**".

Während die Forderung nach finanzieller Absicherung (Satz 1 und 2) unverändert übernommen wird, bedarf der weitere Text einer Schärfung, um der Überschrift vollumfänglich gerecht zu werden: Echte Verantwortung bedeutet hier, städtebauliche und finanzielle Risiken durch eine einseitige Festlegung auf einen Standort zu vermeiden und die soziale Integrität des geplanten Stadtteils Kreuzfeld zu wahren.

Begründung für die Erweiterung des Änderungsantrags des Kreisvorstands:

1. Schutz des demokratischen Planungsprozesses und der hohen Qualität der Pläne für Kreuzfeld

Die Planungen für Kreuzfeld sind das Ergebnis jahrelanger Arbeit und intensiver Bürgerbeteiligung. Seit 2019 steht der Entwurf fest, seit 2023 liegt die integrierte Planung vor, und wir befinden uns bereits in der tiefen technischen Masterplanung. Der Siegerentwurf "The Woodhood" setzt für Kölner Verhältnisse neue Maßstäbe:

- **Progressive Mobilität:** Weitgehende Autofreiheit und ein drastisch reduzierter Stellplatzschlüssel.
- **Ökologische Standards:** Hoher Anteil an Grünflächen, Erhalt bestehender Waldstrukturen und nachhaltige Holzbauweise.
- **Sensible Landschaftsplanung und Erhalt der "Grünen Mitte":**
- Zentrale Elemente sind die „Grüne Mitte“ als Naherholungsraum und der sanfte Übergang zur freien Natur, der den Stadtteil harmonisch einbindet. Ein nachträglich hineingeplantes Stadion würde diese feingliedrige Struktur zerschneiden. Pläne des Landes NRW für ein massives Zentrum ignorieren die örtlichen Gegebenheiten und zerstören die ökologische Identität des Entwurfs ("The Woodhood"). Wir dürfen das Vertrauen in die Bürgerbeteiligung nicht gefährden, indem wir die Qualität des Stadtteils für ein Event opfern.

2. Wohnungsbau vor Event-Risiko

Angesichts der Wohnungsnot in Köln darf Kreuzfeld nicht Spielball einer "Jahrzehntebewerbung" (2036–2044) werden. Sollte die Bewerbung scheitern oder sich verschieben, droht einem baureifen Projekt der jahrelange Stillstand. Dringend

benötigter Wohnraum darf nicht von der Ungewissheit einer Olympia-Vergabe abhängig gemacht werden.

3. Echte Alternativen und harte ökologische Kriterien

Statt einer Vorfestlegung auf Kreuzfeld müssen Alternativen (wie z.B. Wahn-West) geprüft werden, um Flexibilität zu gewährleisten. Unabhängig vom Standort fordern wir maximale Nachhaltigkeit:

- **Stadion:** Temporäre Architektur ohne massive Betonfundamente, konsequent rückbaubar und wiederverwendbar (Cradle-to-Cradle).
- **Olympisches Dorf:** Muss ohne aufwendigen Umbau direkt als hochwertiger Wohnraum nutzbar sein.

Diese Konkretisierung ist notwendig, um die allgemeinen Kriterien des Vorstandsantrags **handlungsfest** zu machen: Sie stellt sicher, dass wir Olympia nicht um jeden Preis verfolgen, sondern nur dann, wenn es unsere langfristigen Ziele für eine soziale und klimaneutrale Stadtentwicklung stärkt statt sabotiert.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Marc Kersten (KV Köln)

Titel: **Ä3 zu A1: Keine Olympischen Spiele in Köln-
Rhein/Ruhr**
